



MEINUNG DES VORSITZENDEN

BV 22
PENSIONISTEN

TEL.: 01/534 54-311 ODER -312, FAX: 01/534 54-388, E-MAIL: OFFICE.BS22@GOED.AT

28

Ausgerechnet der französische Budgetminister, der es daheim nicht fertigbringt, die Maastricht-Kriterien einigermaßen einzuhalten und der EU somit weitere finanzielle Sorgen aufbürdet, unterstellt der Republik Österreich, eine Steueroase zu sein, in der Steuerhinterzieher zu günstigen Konditionen ihre Schäfchen ins Trockene gebracht hätten.

Woraus der Mann seine Weisheit geschöpft hat, ist mir nicht bekannt. Ich hoffe, nicht aus denselben Quellen, die ihn seinerzeit veranlasst haben, sich bei der Boykottierung Österreichs zu Anfang unseres Jahrhunderts hervorzutun. Hinter seinem ungefilterten Wortschwall steckt ein neuerlicher Regulierungsversuch der EU in Sachen Bankgeheimnis, die die Begriffe „Inländer“ und „Ausländer“ durcheinanderwürfelt und uns Österreicher quasi als Komplizen von ausländischen Steuerflüchtigen, seien es nun Hinterzieher oder aber jene, die sich nichts mehr wegnehmen lassen wollen, denunziert.

Kompliziert wird die Angelegenheit durch die Tatsache, dass das zweite Land in Europa, das eine ähnliche Handhabe beim Bankgeheimnis praktiziert, dieses lockern wird und dies unserem Regierungschef bekanntgegeben hat. In der Bundesregierung scheint man daher mit anderen Zungen zu sprechen, als wäre das Pfingstfest schon da. Aber wie ich bereits in meiner letzten Kolumne gesagt habe, es ist Vorwahlzeit, und somit sind klar konturierte Ideen noch weniger gefragt als vorher.

Und so kleben halt Wortspenden an allen Ecken und Enden, anstatt festzuhalten, dass in die Konten der Inländer im Inland seitens der EU nicht hineingeschaut werden kann, weil es die EU nichts angeht; und wenn tatsächlich gesteigertes Interesse an einer Kontenöffnung besteht, dann nur über richterlichen Auftrag.

Konten von Ausländern sollten abfragbar sein, und der französische Budgetminister könnte damit seine Aussage von der Steueroase als Haar-Gel verwenden. Er hat übrigens daheim keineswegs nachgefragt, warum vermögende Franzosen ihre Gelder im Ausland parken, und ich unterstelle ihm so viel an

Realitätssinn, dass er sich dessen bewusst ist, dass es nicht jedermanns Sache sein kann, von einem steuerlichen Spitzensatz von sage und schreibe 75 Prozent bedroht zu werden. Und bei aller inländischen Krisenhaftigkeit, die uns sehr viel abverlangt, sind wir nicht zuletzt wirtschaftlich gegenüber Frankreich weit besser aufgestellt, weil es in Österreich einen Gewerkschaftsbund gibt, der Verträge mit den Arbeitgebern abschließt, die dann auch gehalten und nicht wie dort von dutzenden Einzelgewerkschaften konterkariert werden. Auch darüber nachzudenken, wie man dem Abhilfe schaffen kann, hätte sich für den famosen Minister gelohnt.

Zu den Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber habe ich anzumerken, dass ich kein Wort über die Verhandlungsdauer verliere und vor allem nicht über Hinhaltenaktik, wie sie gerade bei den Verhandlungen über das neue Lehrerdienstrecht praktiziert wird.

Nachdenklichkeit wäre auch jenen Autoren aus dem Bereich der inländischen Finanz zu raten, die der Öffentlichkeit zu suggerieren versuchen, dass der Bundeszuschuss für ASVG-Pensionen in den nächsten drei Jahren lediglich 400 Millionen Euro, im Bereich der Beamten jedoch 1,2 Milliarden Euro betragen wird, weil eine große Zahl von Lehrern in Pension geht. Dass nämlich in diese Milliarde Euro auch die Dienstnehmerbeiträge des Bundes fallen und dies somit kein Zuschuss ist, wird verschwiegen, und im ASVG braucht man offenbar nicht nachzublättern. Außerdem verblüffen mich Presseaussendungen, in denen „schuldenfrei“ mit „keine Neuverschuldung“ verwechselt wird, aber das liegt ohnedies erst nach den Wahlen, wenn es gut geht, im Jahr 2016.

Nach diesem Denkanstoß in positiver Richtung fühlt sich allerdings die Regierung nicht bemüßigt, mit uns über den altbekannten § 13a zu reden. In diesem Bereich herrscht Disziplin, und es wird nichts darüber verlautet. Ich werde allerdings nicht müde, darauf hinzuweisen, dass am Ende der Vorwahlzeit Wahlen stehen.

IHR DR. OTTO BENESCH

Föderalismus am Beispiel Anpassung der Ruhebezüge von Landesbeamten?

Zahlreiche Anfragen und Beschwerden, die Pensionsanpassung 2013 betreffend, haben die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen bezüglich der Anpassung der Ruhebezüge von Bundes- und Landesbeamten-Pensionisten heuer deutlicher als je zuvor werden lassen.

Die vom Seniorenrat mit der Bundesregierung ausverhandelte Pensionsanpassung von 1,8 Prozent – geltend für Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung und für die Ruhebezüge der Bundesbeamten und Pflichtschullehrer – konnte von den Bundesländern aus landesrechtlichen Gründen für Landesbeamte im Ruhestand nicht automatisch übernommen werden. Die meisten landesgesetzlichen Regelungen sehen zwar eine gewisse Koppelung an das Bundesrecht vor, bedürften aber eines landesrechtlichen Aktes (z. B. Verordnung), der in manchen Bundesländern per 1. 1. 2013 nicht gesetzt war, was bewirkte, dass Landesbeamten-Pensionisten auf die Anpassung ihrer Ruhebezüge warten mussten. In

einigen wenigen Bundesländern ist diese Anpassung auf andere Art landesrechtlich geregelt und an Aktivbezüge gekoppelt.

Dieser Ausdruck an Föderalismus kann ergebnisbezogen schwankend sowohl positiv wie auch negativ gewertet werden. Die Eigenständigkeit der Bundesländer ist in unserer Verfassung verankert – und somit auch ihr Recht, dienst- und besoldungsrechtliche Regelungen für ihre Landesbeamten zu normieren.

Auskünfte über landesrechtliche Regelungen erhalten Sie von den Landesleitungen der GÖD-Pensionisten in den Bundesländern (Kontakt siehe S. 30).

VON JOSEF STRASSNER

29

GÖD | 4_2013

„Pensionssicherungs-Beitrags“-Forderung auf Abschaffung!

Großes Echo auf Unterschriftenkampagne.

Die Bundesvertretung der GÖD-Pensionisten hat bis Redaktionsschluss **knapp 8000 Unterstützungserklärungen** aus allen Bereichen der GÖD erhalten. Zahlreiche Anfragen und Rückmeldungen lassen darauf schließen, dass bis Fristende noch eine nicht unerhebliche Anzahl dazugekommen sein wird.

Auch in der Pensionisten-Abteilung des ÖGB stapeln sich bereits tausende Erklärungen aus anderen Gewerkschaften, sodass wir mit einem sehr guten Gesamtergebnis rechnen und so gestärkt die Politik mit unserer zentralen Forderung nach Abschaffung des „Pensionssicherungs-Beitrags“ zum Handeln bewegen können.

DANKE!

Die Bundesvertretung der GÖD-Pensionisten dankt allen für die geleistete Unterstützung und hofft, mit neuer Stärke durch Solidarität nun die Blockade der Bundesregierung überwinden zu können.

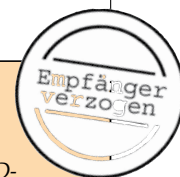
Bundesvertretung fordert Wiederaufnahme der Gespräche

Unabhängig vom Vorstoß der ÖGB-Pensionistenabteilung hat die Bundesvertretung am 16. April 2013 ein Schreiben an Frau Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek gerichtet und sie ersucht, die Wiederaufnahme der in der Regierungserklärung festgeschriebenen Gespräche – Bezieher kleiner Einkommen betreffend – zu veranlassen.

Problem Adressänderung! Post zurück an Absender

Immer öfter werden Poststücke der Bundesvertretung mit Vermerken wie „Empfänger verzogen“, „Empfänger unbekannt“ etc. retourniert. In einigen Fällen gelingt es uns – allerdings mit erheblichem Aufwand und nach Kontakt per Telefon –, die neue Anschrift zu erfahren. Teilen Sie uns Ihre neue Post-Zustelladresse mit! Sollte sich zukünftig Ihre Postanschrift ändern, dann ersuchen wir um Mitteilung, **schriftlich oder per E-Mail**,

an die für Sie zuständige Landesleitung der GÖD-Pensionisten (Kontakt siehe S. 30). Bitte achten Sie auf die genaue Schreibweise (Hausnummer/Stiege/Stock/Tür etc.), denn Ihre Postanschrift wird in der zentralen Verteilerstelle der Post elektronisch gelesen, was insbesondere in Wien und den Städten bewirken kann, dass Ihre Post mit dem Vermerk „Anschrift ungenügend“ zurückkommt.



Kontakte – Landesleitungen der GÖD-Pensionisten

Burgenland

7000 Eisenstadt, Wiener Straße 7
Tel.: 02682/770-951 oder -23
Mittwoch: 9–12 Uhr
E-Mail: matthias.fritz@aon.at
Internet: www.bgld.penspower.at

Salzburg

5020 Salzburg, Kaigasse 10
Tel.: 0662/84 22 72-2516 oder -2802
Dienstag und Donnerstag: 9–11 Uhr
E-Mail: j.csar@gmx.at
Internet: www.sbg.penspower.at

Kärnten

9020 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44
Tel.: 0463/58 70-399
Dienstag: 9–11 Uhr
E-Mail: pensionistenktn@a1.net
Internet: www.ktn.penspower.at

Steiermark

8020 Graz, Karl-Morre-Straße 32/3
Tel.: 0316/70 71-287
Dienstag: 9–11 Uhr
E-Mail: steiermark@penspower.at
Internet: www.stmk.penspower.at

Niederösterreich

3100 St. Pölten, Julius-Raab-Promenade 27/II
Tel.: 02742/35 16 16-27
Donnerstag: 9–12 Uhr
E-Mail: info@goednoe.at
Internet: www.pensionisten.goednoe.at

Tirol

6020 Innsbruck, Südtiroler Platz 14–16/4. Stock
Tel.: 0512/597 77-406
Dienstag und Donnerstag: 9–10.30 Uhr
E-Mail: lv22tirol.goed@live.at
Internet: www.tirol.penspower.at

Oberösterreich

4020 Linz, Weingartshofstraße 27/5. Stock
Tel.: 0732/65 42 66-22
Dienstag: 9–11 Uhr
E-Mail: pens.ooe@goed.at
Internet: www.ooe.penspower.at

Vorarlberg

6903 Bregenz, Reutegasse 11
Tel.: 05574/718 42
E-Mail: a.bru@gmx.net
Internet: www.vbg.penspower.at
Sprechtag: nach Vereinbarung

Bundesleitung der GÖD-Pensionisten

1010 Wien, Schenkenstraße 4/5. Stock, Tel.: 01/534 54-311
Dienstag und Donnerstag: 9–11.30 Uhr, E-Mail: info@penspower.at
Internet: www.goed.penspower.at



Unter der Prämisse „Wir informieren und stellen uns der Diskussion“ erläuterten die Vorsitzenden und Mitglieder der Bundesleitung ihre Aufgaben und Tätigkeiten.

Freundschaftstreffen der GÖD-Pensionisten

Für die Bezirke Wien 14, 15 und 16, veranstaltet von der Bundesleitung der GÖD-Pensionisten als Landesleitung Wien am 21. März 2013. Bilder dieser Veranstaltung sind zu finden im Abschnitt <FOTOALBEN> auf www.goed.penspower.at.



Landesleitung Pensionisten GÖD Vorarlberg



Vorsitzender

Armin BRUNNER, Jg. 1943, FCG
Berufsschullehrer, 6900 Bregenz
Handy: 0650/687 21 11
E-Mail: a.bru@gmx.at



Bildungsreferentin

Leonie LÄNGLE, Jg. 1936, FCG
Pflichtschullehrer
6840 Götzis
E-Mail: helmut.loni@vol.at



Vorsitzender-Stellvertreter

Dr. Werner SCHULER, Jg. 1930, FSG
Arbeitsmarktservice
6971 Hard



Frauenreferentin

Ruth PETER, Jg. 1947, FCG
Justiz
6800 Feldkirch
E-Mail: ruth.peter@vol.at



Referent für Presse und EDV

Franz DRAGOSITS, Jg. 1933, FSG
Arbeit und Soziales
6900 Bregenz
E-Mail: franz.dragosits@vol.at



Organisationsreferent

Ing. Georg PÖTSCHER, Jg. 1939, FCG
Berufsschullehrer
6900 Bregenz



Schriftführer Stellvertreter

Eugen FEND, Jg. 1938, FCG
Pflichtschullehrer
6850 Dornbirn



Schriftführer

Helmut WIELAND, Jg. 1947 FCG
Polizeigewerkschaft
6922 Wolfurt
E-Mail: helmut.wieland@aon.at

31

GÖD | 4_2013

Weitere Mitglieder der Landesleitung

ABRAM Bruno, Sozialreferent, 1938, FSG, 6840 Götzis, Arbeitsmarktservice; HANSMANN Erich, Finanzreferent, 1935, FCG, 6911 Lochau, Landesverteidigung; LENK Reinhard, AG-Pflichtschule, 1937, FCG, 6700 Bludenz, Pflichtschullehrer; PITTER Herbert, AG-Exekutive, 1939, FSG, 6700 Bludenz, Polizeigewerkschaft

Unser Anliegen. Ihre Betreuung

Landesvertretung GÖD-Pensionisten Vorarlberg

„Ohne Gewerkschaft sind wir nichts“ ist einerseits die Abwandlung eines berühmten Ausspruchs, gilt aber andererseits insbesondere für die öffentlich Bediensteten, sei es im Aktiv- oder im Ruhestand.

Wer das nicht hören will, bezieht zwar regelmäßig seine Bezüge, Sonderzahlungen (wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld), Zulagen und Zuschläge, negiert aber die Bemühungen der Gewerkschaft, wenn es – einfach gesagt – ums „liebe Geld“ geht. Und noch nie hat die öffentliche Hand aus freien Stücken eine adäquate Lohn-/Gehalts-/Pensionserhöhung angeboten!

Die GÖD-Landesvertretung Pensionisten in Vorarlberg versteht sich als Servicestelle für ihre – fast 1000 – Mitglieder, die aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen der anderen GÖD-Landesvertretungen stammen. Im nicht immer vergönnten, aber verdienten Ruhestand werden sie von einem hervorragenden Funktionärsteam betreut, sei es durch Informationen aus erster Hand, sei es durch gemeinschaftsfördernde

Veranstaltungen wie z. B. Bildungsreisen. Die nächste Fahrt geht zu ausgesuchten Sehenswürdigkeiten von Kärnten und Friaul. Und für den Fall des (leider häufiger werdenden) Falles: Wir begleiten unsere Mitglieder auch in Rechtsschutzangelegenheiten.

ARMIN BRUNNER, VORSITZENDER
GÖD-PENSIONISTEN VORARLBERG

Kontakt

Landesvertretung Pensionisten
in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
Vorarlberg
6903 Bregenz, Reutegasse 11
Tel.: 05574/718 42
Fax: 05574/718 42-67
E-Mail: lv.vorarlberg@goed.at
Vorsitzender: a.bru@gmx.at
Internet: www.vbg.penspower.at
Sprechtag: nach Vereinbarung